

Missionars wiederherstellen.“ Das ist allerdings nur ein erster Schritt zur Lösung des Dauerkonflikts mit Bischof *Gijsen* und der verfahrenen Situation in seinem Bistum. Immerhin wurde noch im zweitletzten Kommuniké festgestellt, daß es zwischen den Bischöfen nach wie vor tiefe Meinungsverschiedenheiten über die gegenwärtige kirchliche Situation in den Niederlanden gebe.

Als positiv erwiesen hat sich die Synode offensichtlich auch für das *Verhältnis der niederländischen Bischöfe zur römischen Kurie*. In einem der letzten Pressekommunikés wurde dazu festgehalten, daß durch die persönlichen Begegnungen während der Synode in der Vergangenheit entstandene Mißverständnisse hätten geklärt werden können.

Bessere Kooperation in der niederländischen Bischofskonferenz und mit der Kurie ist allerdings nur ein Teilaspekt der angestrebten vertieften *communio*; er wäre von sehr begrenztem Wert, wenn es auf der anderen Seite zu einer größeren Entfremdung der Bischöfe von ihren Gläubigen kommen würde, wie sie von manchen Beobachtern nach der Synode befürchtet wurde. Hier hängt wohl viel von der Arbeit der bischöflichen Kommissionen ab, die in den besonders heiklen Fragen der Priesterausbildung und der Pastoralarbeiter die Vorgaben der Synode konkretisieren sollen. Schon die Einrichtung solcher Kommissionen wird in den Niederlanden vielfach als eine gewisse Chance betrachtet, was den Spielraum für die geforderten Regelungen betrifft, ebenso wie auch die Tatsache, daß dem „Synodalen Rat“, der die Ausführung der Beschlüsse überwachen wird, außer Kardinal *Gabriel Maria Garrone*, Kardinal *Willebrands* und der Bischof von 's Hertogenbosch, *Johannes Bluysen*, als niederländische Vertreter angehören.

In ihren *Sachaussagen* setzt die Sondersynode einige eindeutige Grenzmarken, nicht ohne sich dabei immer auf das Zweite Vatikanum zu berufen. Sicher haben sich in den letzten Jahren nicht nur *Simonis* und *Gijsen*, sondern auch die anderen niederländischen Bischöfe beispielsweise um

mehr Einheitlichkeit in der Liturgie, um die Schaffung von Konvikten für die Priesterausbildung bemüht, sich zu ihrer Verantwortung für die Katechese und zum Zölibat bekannt und sich gegen Interkommunion ausgesprochen. Gleichzeitig ist dabei aber immer eine gewisse „Grauzone“, ein beträchtlicher Spielraum für die einzelnen Gemeinden und Gruppen, erhalten geblieben. Jetzt sehen sich die Bischöfe aufgrund der Synodenbeschlüsse zu schnellerem und deutlicherem Eingreifen genötigt, auch wenn sie ihre dialogbereite und offene Pastoral grundsätzlich fortsetzen möchten. Dadurch könnten einerseits neue Konflikte provoziert werden, andererseits aber vielleicht auch notwendige Klärungen schneller als bisher geplant oder erwartet ins Werk gesetzt werden. Die niederländischen Bischöfe sind um ihre Aufgaben nicht zu beneiden. Sie wollen und müssen einerseits die von der Synode beschlossene Eindeutigkeit im Blick auf ihre spezifische Verantwortung wie auf die Abgrenzung zwischen Priestern und Laien durchsetzen, ohne dabei viele ihrer aktiven, wenn auch oft eigenwilligen Gläubigen und Gremien, die ja nach der Synode bestehenbleiben, vor den Kopf zu stoßen. *Chancen* und *Schwierigkeiten* liegen hier jedenfalls eng beieinander.

In der abschließenden Pressekonferenz äußerte Erzbischof *Danneels* die Meinung, die niederländische Sondersynode bleibe ein *Beispiel für die ganze Kirche*. Ein solches Urteil kann wohl nur mit gehörigen Einschränkungen gelten. Bei allen Berührungspunkten mit anderen westeuropäischen Ländern trägt und trug die nachkonziliare Entwicklung des Katholizismus in den Niederlanden ein eigenes Gepräge. Jetzt haben sich die Bischöfe durch die Synodenbeschlüsse dazu verpflichtet, gegenüber der eigenständigen, gewiß an manchen Punkten defizitären und problematischen Umsetzung des Konzils in der niederländischen Kirche allgemeinkirchliche nachkonziliare Regelungen und Grenzmarkierungen stärker zur Geltung zu bringen. Noch ist nicht abzusehen, was in Zukunft aus dieser Kirche werden wird.

Ulrich Rub

Interview

Politische Aufklärung gegen neuen Dogmatismus?

Ein Gespräch mit Professor Martin Kriele

Welche neuen Aufgaben politischer Aufklärung stellen sich im Blick auf die Gesellschaft in den Industriestaaten, die Auseinandersetzung zwischen Ost und West und die Verhältnisse in der Dritten Welt gerade angesichts die öffentliche Meinung beherrschenden, dogmatistischen Gegenströmungen teils emanzipatorisch-individualistischer, teils

kollektivistisch-marxistischer Provenienz? Und welchen Part könnte die Kirche in dieser Auseinandersetzung spielen? Anlaß zu diesen Fragen an den Kölner Staatsrechtler Prof. Martin Kriele war dessen im April 1980 bei Herder erscheinendes Buch „Befreiung und politische Aufklärung. Plädoyer für die Würde des Menschen“, das in der These

gipfelt: Heute verlaufe der beherrschende Gegensatz nicht mehr zwischen politischer Aufklärung und Kirche, sondern zwischen einem Bündnis von politischer Aufklärung und Kirche auf der einen und einem grassierenden neuen politischen Dogmatismus vorwiegend marxistischer Prägung auf der anderen Seite. Der konkrete Wille zur Verwirklichung der Menschenrechte verbinde erstere gegen letztere. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Professor Kriele, eine Ihrer Grundthesen ist, daß Kirche und politische Aufklärung heute keine Gegner, sondern Bundesgenossen sind. Muß man das angesichts der geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Aufklärung – auch politischer Aufklärung – nicht sehr bezweifeln?

Kriele: Rein geschichtlich haben Sie recht. Das Verhältnis von Kirche und politischer Aufklärung ist ursprünglich ein feindliches gewesen. Die Kirche sah in der Idee der Menschenrechte eine destruktive Tendenz, und die politische Aufklärung ihrerseits sah in der Kirche ihren Hauptfeind. Das hat sich aber völlig gewandelt . . .

„Menschenwürde war im Verständnis politischer Aufklärung immer ein metaphysischer Begriff“

HK: Gewandelt aber vornehmlich insofern, als die Kirche in vielen Ländern zur Minderheit geworden ist und damit im gleichen Schiff mit all jenen sitzt, die auf die Durchsetzung der politischen Freiheiten angewiesen sind, wie die Kirche auf die Verwirklichung von Religionsfreiheit im religionsneutralen Staat angewiesen ist . . .

Kriele: Es ist richtig, daß die Kirche, um frei wirken zu können, angewiesen ist auf die Verwirklichung von Menschenrechten überhaupt. Aber der Auslöser der Bejahung der Menschenrechte durch die Kirche (vgl. dazu die Weihnachtsansprache Pius' XII. von 1943) war nicht dies, sondern die Erfahrung des „Dritten Reiches“ – Stichworte: Hadamar und Auschwitz. Es war die Erkenntnis, daß die Alternative zum aufgeklärten Verfassungsstaat heute der Totalitarismus ist. Bis dahin sah die Kirche die entscheidende Frontstellung verlaufen zwischen traditionaler und rationaler Legitimität. Menschenrechte und Demokratie waren Ausdruck des modernen Rationalismus, und die Christlichkeit Europas war verknüpft mit der traditionellen Legitimität des Königtums. Diese Frontstellung zwischen traditionaler und rationaler Legitimität hat das politische Denken der Kirche bis ins 20. Jahrhundert hinein beherrscht und verführte sie, sich auch noch mit dem Faschismus und sogar mit dem Nationalsozialismus einzulassen. Die Kirche hatte sich mit der verlorenen Sache der traditionellen Legitimität verbunden und die Kraft der Autonomie im modernen Bewußtsein unterschätzt . . .

HK: Tut sie das nicht immer noch? Die Kirche hat sich z.B. noch nie ausdrücklich zum politisch-sittlichen Vorrang der Demokratie vor anderen Staatsformen erklärt.

Kriele: Der gegenwärtige Papst spricht in „Redemptor hominis“ vom Wesen des Staates als einer politischen Gemeinschaft, wo „das Volk Herr seines eigenen Geschickes ist“ (Ziff. 17). Das scheint mir ein eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie zu sein. Und es zeigen sich in der Kirche auch kaum noch gegenteilige Ansätze. Die traditionellen Regime spielen ja auch längst keine Rolle mehr. Sicher hat die Kirche, und zwar nicht zu Unrecht, von der modernen Rationalität, vom modernen Bewußtsein eine Entchristlichung Europas erwartet. Von daher ist auch ganz folgerichtig, daß sie sich auf die Seite der traditionellen Legitimität gestellt hat.

HK: Gibt es nicht dennoch eine nur schwer zu überwindende Verwandtschaft zwischen der von Ihnen geschilderten traditionellen Legitimität im politischen Raum und der hierarchischen Struktur der Kirche?

Kriele: Es gibt Analogie-Sympathien: Eine in der hierarchischen Struktur der Kirche begründete Neigung zur hierarchischen Struktur der politischen Ordnung und umgekehrt: Eine in der Demokratie wurzelnde Tendenz zur Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und auch der Kirche. Die hierarchische Kirche löst in der demokratischen Welt Aggressionen aus, denen sie aber standhalten muß. Denn sie legitimiert sich überhaupt nicht politisch, sondern aus dem Auftrag Petri und der Successio Apostolica. Sie kann sich infolgedessen gar nicht anders als traditional verstehen, und sie kann sich nicht demokratisch aufbauen, ohne sich selbst zu zerstören. Eine so hierarchische, traditional orientierte Institution ist natürlich ein Fremdling in der Welt demokratischer und rationaler Strukturen. Aber der demokratische Verfassungsstaat gibt ihr ja das Recht, in ihren Strukturen ihr Eigenleben zu leben. Heute zeigt sich mehr und mehr, daß der demokratische Verfassungsstaat selbst geradezu darauf angewiesen ist, daß die Kirche ihre Identität bewahrt.

HK: Darauf angewiesen, inwiefern?

Kriele: Das Selbstverständnis der politischen Aufklärung war der Anspruch: Jeder Mensch hat gleichen Anspruch auf Achtung der Menschenwürde. Die Sittlichkeit, die sich in diesem Satz ausdrückt, lebt aus historisch vermittelten Voraussetzungen. Die Idee der Menschenwürde steht und fällt mit der Annahme, daß alles, was uns die Naturwissenschaft über den Menschen lehren kann, auch wenn es richtig ist, nicht alle relevante Wahrheit umfaßt. Daß vor dem Urknall noch der Logos war, aus dem alles geworden und ohne den nichts geworden ist, und daß dieser in irgendeiner Weise in das menschliche Leben hineinwirkt, eine solche oder ähnliche Annahme ist heute wie früher Mindestbedingung für die Achtung vor dem Menschen. „Menschenwürde“ im Verständnis der politischen Aufklärung war immer ein metaphysischer Begriff. Er wird sinnlos unter der Voraussetzung der Annahme, daß der Mensch „nur“ Resultat zufälliger Evolution ist. Wieso sollte es dann irgendeine Verpflichtung ihm gegenüber geben?

HK: Können denn Atheisten nicht für die Menschen-

würde eintreten? Diejenigen, die Menschenrechte in Europa durchsetzten, waren ja vielfach gar keine Christen, teilweise auch keine gläubigen Menschen, und politische Aufklärung ging durchaus mit dem Vordringen von „transzendenzfreien“ naturwissenschaftlichen Weltbildern einher.

Kriele: Gewiß, auch viele der Aufklärer des 18. Jahrhunderts hatten eine bis zum Deismus verdünnte Metaphysik oder waren Atheisten. Aber sie lebten noch wie selbstverständlich aus einer Sittlichkeit, die sie voraussetzen konnten, ohne daß sie selbst sie hätten schaffen oder begründen können. Diese Sittlichkeit überlebt ihre metaphysischen und religiösen Ursprünge noch eine Zeitlang, auf die Dauer aber geht sie zugrunde, und dann kann man Auschwitz und den Archipel Gulag errichten. Wenn man einen Baum von seinen Wurzeln trennt, so grünt er noch eine Weile, und man erkennt nicht sofort, daß er notwendigerweise verdorren muß. Daß die Sittlichkeit der Menschenwürde noch lebt, liegt an der Tatsache, daß ihre Wurzeln zwar weitgehend verschüttet, aber nicht restlos abgestorben sind und immer wieder frische grüne Triebe hervorbringen.

HK: Wenn die Sittlichkeit auf Religion und Metaphysik angewiesen ist, lebt sie deshalb doch nicht nur im kirchlichen oder überhaupt im christlichen Raum . . .

Kriele: Gewiß nicht. Aber heute gehen die wichtigsten Impulse zur Regeneration des sittlichen Bewußtseins von der Kirche aus. Denn sie steigert den Anspruch des Menschen auf Achtung ins äußerste, indem sie der Lehre, daß im Anfang der Logos war, hinzufügt: Er ist Mensch geworden. Tiefer und unbedingter läßt sich die Würde des Menschen nicht begründen. Christen haben zwar im Laufe ihrer Geschichte viele sophistische Ausflüchte gefunden, um ihre Beteiligung an der Entwürdigung des Menschen zu rechtfertigen. Die Sittlichkeit der Menschenwürde wurde nicht selten von Nichtchristen machtvoller vertreten als von ihnen. Aber dennoch gehört die christliche Lehre – wenn auch vielfach gebrochen und historisch vermittelt – zu den Wurzeln dieser Sittlichkeit. Sie hatte dem geistigen Klima Europas ihren Stempel aufgeprägt. Deshalb mußte die politische Aufklärung in der Gemeinschaft der Christen heimisch werden.

HK: Sie haben wiederholt – zuletzt auf einem Symposium über politische Theologie in Bad Homburg – die Theologie der Befreiung nachdrücklich kritisiert. Sehen Sie darin eine antiaufklärerische Tendenz oder gar die Gefahr, daß die Kirche auf politischem Wege ihr Ethos und ihre Identität verlieren könnte?

Kriele: Die Gefahr der Theologie der Befreiung sehe ich nur insoweit, als sie zwischen aufklärerischer Befreiung und marxistischer „Befreiung“ nicht unterscheidet. Aber viele ihrer Anhänger machen den Fehler, daß sie sich den marxistischen Dogmen mit all ihren anthropologischen Implikationen anpassen. Sie meinen, es gehe dem Marxismus um Parteinahme für die Unterdrückten, also um soziale und ökonomische Probleme. Das scheint mir

einfach auf Unkenntnis zu beruhen. Dieses Probleme dienen nur als Anknüpfung – letztlich geht es um die Beherrschung des Geistes, insbesondere um die Auslöschung jeder Art von Metaphysik und Religion und der auf ihr beruhenden Sittlichkeit. Der durchschnittliche Mitläufer des Marxismus weiß natürlich nicht, welcher Sache er letztlich dient, ebensowenig wie das viele sozial engagierte Leute bei NSV, BDM oder HJ gewußt haben. Es geht dabei nicht um die Moralität des einzelnen, sondern um die Tendenz der Gesamtbewegung.

HK: Müßte nicht gerade von daher gegenwärtig die Auseinandersetzung mit den Problemen der Dritten Welt zu einer vorrangigen Aufgabe politischer Aufklärung werden, und besteht nicht gerade hier die Möglichkeit und Notwendigkeit eines neuen Zusammenwirkens zwischen politischer Aufklärung und kirchlicher Verkündigung?

Kriele: Das ist richtig. Dabei geht es vor allem um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. In bezug auf ihre Verwirklichung hat die Kirche eine ganz wichtige Aufgabe. Denn sie hat Zugang zu den Menschen, wie auch zu den Regierenden. Sie hat Erfahrungen darüber, wie es an der Basis wirklich aussieht, und kann diese öffentlich nach oben vermitteln. Sie hat Einfluß sowohl auf die Mächtigen als auch auf die Armen und Unterdrückten und kann sich daran beteiligen, sie über ihre Rechte und Möglichkeiten aufzuklären und ihnen praktisch zu helfen. Vor allem in Lateinamerika gibt es kaum jemand außer ihr, der diese Aufgabe so erfüllen könnte. Das ist Dienst an wirklicher Befreiung. Er setzt voraus, daß die Kirche ihre Identität wahrt und sich nicht umfunktionieren läßt in eine rein politisch-soziale Institution. Dazu gibt es aber in Lateinamerika Tendenzen, die sich nahelegen, denn die Kirche ist überall verbreitet, besitzt Autorität, finanzielle Mittel und Einfluß, deren sich auch Nichtchristen oder sogar antichristlich eingestellte Leute gerne bedienen wollen. So begreiflich das ist, es ist weder theologisch noch politisch zu verantworten, und die Theologen sollten es deshalb nicht verschleiern, leugnen oder gar rechtfertigen wollen.

„Nur wo der Staat überhaupt an Recht gebunden ist, kann er auch an Menschenrechte gebunden sein“

HK: Besteht aber nicht zu Recht der Eindruck, daß politische Aufklärung, wie sie als Errungenschaft der neuzeitlichen Denkentwicklung in unsere demokratischen Verfassungen eingegangen ist, nicht nur in der Dritten Welt sich nicht durchsetzt, sondern gegenwärtig aufgrund neu-aufbrechender aufklärerischer, teilweise irrationaler Tendenzen insgesamt auf einen Rückzug gedrängt wird?

Kriele: Diese Frage hätte man vor einiger Zeit noch bejahen müssen. Was sich selbst als politische Aufklärung verstand, beschäftigte sich in Wirklichkeit mit Überhangproblemen aus vergangenen Zeiten. Man kämpfte z. B. gegen eine Kirche, die die Menschenrechte noch ablehnte, sich mit obrigkeitlichen Systemen verband, gar Ketzer und

Hexen verbrennen ließ, die Wissenschaft verfolgte usw., oder man kämpfte politisch gegen den Kolonialismus oder Nationalsozialismus. Die geschliffenen Schwerter der Aufklärung nützen nicht, wenn sie nur in die Leichen von Feinden geschlagen werden, die frühere Generationen schon besiegt haben. Die aktuellen Probleme der Dritten Welt wurden vielfach mit antiquierten Schemata reflektiert – als sei mit der Überwindung von Rassismus und Imperialismus die Befreiung vollendet. Die weltpolitischen Entwicklungen der letzten Monate – Iran, Afghanistan, die Flüchtlingsströme in Afrika und Indochina, das Verhungernlassen des kambodschanischen Volkes, die Christenverfolgungen in Afrika und Osteuropa – lassen uns die Probleme komplexer und realistischer sehen und scheinen zu einer Neubesinnung auf die Prinzipien und Realisierungsbedingungen politischer Aufklärung zu führen.

HK: Gibt es nicht gerade in bezug auf das Hauptziel politischer Aufklärung, die Verwirklichung der Menschenrechte, aber trotz aller ideologischen Diskrepanzen und der verschiedenen Ausgangspunkte und Ziele – bis hinein in marxistische Strömungen – ich spreche jetzt nicht von Systemen – jetzt schon eine breite Konvergenz?

Kriele: Politische Aufklärung hat in der Tat gerade darin bestanden, die Menschenrechte zu entwickeln. Und politische Aufklärung ist in erster Linie in der Weise lebendig und gegenwärtig, daß sie den Katalog der Menschenrechte ergänzt und fortgeschrieben hat, indem sie den bürgerlichen, politischen Menschenrechten die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Menschenrechte hinzufügte. Es gibt aber in Fragen Menschenrechte nicht prinzipiell verschiedene Alternativvorstellungen. Die marxistische Interpretation der Welt hängt sich heute äußerlich an die Menschenrechte an, schließt aber ihre Verwirklichung aus. Denn die Verwirklichung hängt von rechtlichen Institutionen ab, die aber in der „befreiten“ Gesellschaft durch die absolutistische Dauerherrschaft der Emanzipationsavantgarde ‚überwunden‘ sind. Das Ziel ist dort statt Religionsfreiheit: Befreiung von der Religion, statt Gewerbe-freiheit: Befreiung vom Gewerbe, statt Eigentumsfreiheit: Befreiung vom Eigentum (Marx: Zur Judenfrage), und überhaupt: Statt Gerechtigkeit: Befreiung von Institutionen, von denen es überhaupt sinnvoll wäre zu sagen, sie entschieden gerecht oder ungerecht.

HK: Aber die Verwirklichung von Menschenrechten bzw. die Forderung nach ihrer Verwirklichung ist heute Gemeingut öffentlicher Meinung – wo es eine solche gibt. Und auch viele, die in ihrem ökonomischen und politischen Denken sozialistisch oder auch marxistisch orientiert sind, bekennen sich ebenso nachdrücklich dazu wie Kantianer, politische Theologen oder wer immer...

Kriele: Sowohl die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, der Bürgerrechtspakt und der Sozialrechtspakt von 1966 sind sowohl im Westen wie im Osten wie auch in einer Reihe von Ländern in der Dritten Welt ratifiziert worden. Insofern bilden diese Menschenrechtskataloge eine gemeinsame moralische Grundlage,

von der aus man diskutiert. Aber die Frage ist, wie wird das realisiert? Nur wo der Staat überhaupt an Recht gebunden ist, kann er an Menschenrechte gebunden sein. In Staaten ohne Gewaltenteilung aber gibt es keine Bindung ans Recht und infolgedessen auch keine gerichtliche Kontrolle dieser Bindung. Folglich sind auch Menschenrechte keine Rechte, sondern bleiben moralische Appelle. Die Gewaltenteilung ist für die Wirklichkeit der Menschenrechte sogar wichtiger als der Menschenrechtskatalog. Selbst die Verfassung der Sowjetunion von 1936 enthielt einen schönen Grundrechtskatalog. Aber dieser war für die Praxis völlig bedeutungslos. In den zwei folgenden Jahren wurden nicht weniger als sieben Millionen Menschen willkürlich verhaftet, das sind durchschnittlich 10000 pro Tag. Umgekehrt gibt es in England bis auf den heutigen Tag keinen Grundrechtskatalog in Verfassungsform, aber die Engländer genießen einen verhältnismäßig hohen Grad an Freiheit, weil es Gewaltenteilung gibt und infolgedessen die rule of law gelten kann.

HK: Was bedeutet das für die Aussichten einer sagen wir langfristigen oder stufenweisen inneren Liberalisierung eines Systems wie des sowjetischen? Können dafür überhaupt Ansätze entwickelt werden?

Kriele: Was es in einem System ohne Gewaltenteilung geben kann, ist etwas mehr Duldung, die aber jederzeit rücknehmbar ist. Das absolutistische Frankreich des 17. Jahrhunderts gewährte den Hugenotten Toleranz, konnte sie aber auch widerrufen. Maos China ließ „tausend Blumen blühen“ und verhaftete ein Jahr später diejenigen, die von der Freiheit zur Kritik Gebrauch gemacht hatten. Die Sowjetunion ließ Solschenizyn erst schreiben und bürgerte ihn dann aus, sie ließ Sacharow gewähren und verbannte ihn dann. Wieweit ein absolutistisches System Freiheiten duldet, ist keine Frage der Menschenrechte, sondern des Eigeninteresses der Machthaber: diese kalkulieren die Wirkung im Inneren und nach außen.

HK: Es bliebe also als einziger Weg einer inneren Entwicklung zu mehr Liberalität und zu einer gewissen Demokratisierung nur die Möglichkeit, daß das System bei der Erprobung von mehr Duldsamkeit nolens volens einmal bis zu einem Punkt kommt, an dem es nicht mehr umkehren, also gewährte Freiheit nicht mehr zurücknehmen kann?

Kriele: Wir haben uns ja bemüht, mit der Entspannungspolitik Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß z. B. die DDR und langfristig überhaupt der Ostblock sich zu etwas mehr Duldsamkeit bereitfinden: Zu Reiseerlaubnissen, Familienzusammenführung, Postverkehr, kurz, zu menschlichen Erleichterungen. Die Ergebnisse waren bescheiden, wenn sie sich auch zu gewissen Fortschritten aufsummt. Aber für Menschenrechte können wir gar nichts erreichen. Und wo es keine Menschenrechte gibt, ist auch keine Demokratisierung möglich. Die Voraussetzung für Demokratie ist, daß der Mensch mit aufrechtem Gang ohne Furcht und ohne Schielen auf die Wünsche des Machthabers Rechte einklagen, Unrecht anklagen, die

Veränderung von Gesetzen betreiben, Parteien gründen und in freien Wahlen die Mehrheit zu gewinnen suchen kann. Demokratie ist unmöglich, ohne daß die Menschenrechte schon gegeben sind, und Menschenrechte kann es nur geben, wo Gewaltenteilung herrscht. Deswegen auch ist die Grundlehre politischer Aufklärung die Einheit von Menschenrechten, Demokratie und Gewaltenteilung.

HK: Sind dann alle Menschenrechtskampagnen von westlicher Seite wie durch sowjetische Bürgerrechtler selbst nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt?

Kriele: Nein. Sie führen zur Bewußtseinsentwicklung im Westen und schaffen damit die Voraussetzungen dafür, daß die Menschenrechtsverletzungen das Prestige der Sowjetunion und damit ihre machtpolitischen und ideologischen Interessen berühren. Wenn den Menschen dort wirklich etwas helfen kann, dann die Anklagen von außen und im Innern die konstante Verweigerung der Anerkennung der Legitimität der Herrschaft der Partei, wie wir es in Polen erleben. Polen ist von allen Ostblockländern das verhältnismäßig freieste. Das hängt damit zusammen, daß die katholische Kirche, zu der die ganz überwiegende Zahl der dortigen Menschen gehört, der Partei aus der Geschichte des Landes heraus diese Legitimität nicht läßt. Was die drei bedeutenden Polen im Westen – den Papst, Kolakowski und Brzezinski – bei aller Unterschiedlichkeit miteinander verbindet, ist das auf theoretischer Analyse beruhende und durch Erfahrung geschärfte Bewußtsein davon, daß der Marxismus aus seinen eigenen Bewegungsgesetzen heraus unmöglich zur Humanität führen kann, daß seinen Legitimitätsansprüchen vielmehr der in den Menschenrechten wurzelnde Legitimitätsanspruch beharrlich entgegengehalten werden muß.

„Es macht einen großen Unterschied, ob wir den Staat sehen vor dem Hintergrund vergangener oder künftiger Katastrophen oder vor dem Hintergrund einer Utopie“

HK: Also im Grunde entscheidet sich im Kampf zwischen kommunistischen Regimen und Religionsgemeinschaften bzw. Kirchen jeweils mehr als nur die Freiheit oder Unfreiheit der Kirche?

Kriele: Ja, im Grunde entscheidet sich da das Schicksal der Welt. Der Polenbesuch des Papstes hat die gesamte Weltlage sehr viel tiefer verändert, als man es zunächst wahrgenommen hat, weil er die Bewußtseinslage zurechtrückte. Es wurde sichtbar, daß das kommunistische Regime Geist und Herz der Menschen, auch der Jugend niemals gewinnen wird. Auf diese Weise ist zum erstenmal die Erwartung gebrochen worden, daß das Regime sich stabilisieren kann. Indem der Papst auf die tausendjährige polnische Geschichte hinwies, machte er deutlich, daß Polen trotz Teilung und Unterdrückung durch seine Nachbarn seine Identität gewahrt hat und wahren wird – eine Ermutigung

mit langfristiger Tiefenwirkung, die die Welt aus Lethargie und Resignation aufrüttelte. Die weltgeschichtliche Perspektive läßt uns erwarten, daß diese fürchterlichen imperialistischen Regime, die sich auf Panzer und Geheimpolizei stützen, irgendwann doch zerfallen werden.

HK: Sie sprechen damit die Weltlage in einer bestimmten Perspektive an, aber wenden wir uns einen Augenblick unseren eigenen Verhältnissen zu. Ist das, was politische Aufklärung als geschichtlicher Prozeß eigentlich will, Freiheitssicherung durch demokratische und verfassungsstaatliche Ordnungen, heute nicht dadurch auch von innen her gefährdet, daß die Generation, die jetzt in das öffentliche Leben tritt, ein sehr viel unbekümmerteres, aber vielleicht auch „entfremdetes“ Verhältnis zum Staat und zu den demokratischen Institutionen hat als die Generationen, die diesen Staat aufgebaut haben?

Kriele: Ich stimme Ihnen zu. Das hängt damit zusammen, daß wir dreißig Jahre lang Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, auch Wohlstand in einem Maße hatten wie nie zuvor. Die junge Generation, die das als selbstverständlich voraussetzt, muß die Bundesrepublik, um überhaupt Position gegenüber den Älteren beziehen zu können, an einem utopischen Ideal messen. Die Generation, die noch Krieg, Flucht, Hunger und die ungeheuerlichen Offenbarungen des Totalitarismus erlebt hat, kann die Bundesrepublik ganz anders achten und würdigen. Vor diesem Hintergrund lebend, weiß sie, was alles verloren gehen könnte. Es macht einen großen Unterschied, ob wir unseren Staat sehen vor dem Hintergrund vergangener und möglicher künftiger Katastrophen oder vor dem Hintergrund einer Utopie.

HK: Böte dann die jetzige Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Ost und West, da in ihr die Wirkungen des Totalitarismus wieder sehr anschaulich werden, nicht eine besondere Chance, die Ziele politischer Aufklärung in ihrer antitotalitären Substanz als Weg zur Sicherung des inneren und äußeren Friedens wieder neu plausibel zu machen?

Kriele: Gewiß, aber man muß die Ausgangslage sehen. Die junge Generation der vergangenen Jahrzehnte hat eine große Tugend, nämlich eine große geistige Offenheit auch für alternative Möglichkeiten. Nur ist sie mangels einer wirklich spannungsvollen Herausforderung gleichzeitig in die Gefahr geraten, hereingelegt zu werden durch zu kurzfristige, törichte, utopische politische Theorien. Wenn man jetzt noch einmal rückblickend die Werke derjenigen Autoren liest, die große Konjunktur hatten in den sechziger und frühen siebziger Jahren, Ernst Bloch oder Herbert Marcuse zum Beispiel, und sich vor Augen führt, was für unglaublich gedankenarme und unrealistische Leute das waren, dann stimmt einen traurig, daß eine so aufnahmebereite und engagierte Jugend so wenig dazu beitragen konnte, die Welt menschlicher und gerechter zu machen, weil sie abgelenkt war auf utopische Seitenwege und die realen Möglichkeiten, für die Verwirklichung der Menschenrechte konkret zu arbeiten, versäumt hat.

HK: Eine aufgeschlossene Jugend hatte also die falschen Propheten. Aber wo waren dann die richtigen?

Kriele: Politische Aufklärung hat es gerade nicht mit Propheten zu tun, sondern immer mit realer Analyse...

HK: Aber viele politische Aufklärer waren doch immer auch ein Stückweit Utopisten. Utopien forcierten jeweils den Gang der Aufklärung...

Kriele: Die Vorstellung von der Möglichkeit einer freieren, gerechteren Welt braucht man schon. Aber Utopien sind etwas anderes. Sie führen in die Entwertung des Erreichten, in Blindheit für das Maß an Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Moralität in unserer Welt, in leeren Aktionismus und törichten Radikalismus und schlagen am Ende um in Resignation, Passivität und Freudlosigkeit. Eine der Thesen in Robert Spaemanns Buch „Zur Kritik der politischen Utopie“ (1977) ist, daß die Menschen durch Utopien davon abgelenkt werden, das jeweils Realisierbare zu tun...

HK: Oder auch nicht... Walter Dirks z. B. spricht vom Sozialismus gerade als von einem „realutopischen Ziel“ (HK, Januar 1980, 18), und viele Nichtsozialisten sehen ihre politischen Zielvorstellungen sicher auch nicht anders, ohne sich vom jeweils konkreten nächsten Schritt ablenken zu lassen... In dem Sinne gibt es, glaube ich, sogar eine enge Verwandtschaft zwischen christlichem und utopischem Denken...

Kriele: ... Gerade Dirks hat hinzugefügt: auf die Frage wie sieht Ihr Sozialismus aus? könne er nur antworten: „ich weiß es nicht – noch nicht“. Eine sehr charakteristische Antwort.

HK: Gibt nicht dennoch die Utopie erst die Kraft zur Realisierung des jeweils nächsten Schrittes? Und geben nichtutopische Leitbilder über ihre Ziele immer genauere Auskunft? Oder selbst, wenn sie es täten, würde nicht gerade dann Geschichte verfügbar gemacht, die ihrer Natur nach sich der Verfügung entzieht?

Kriele: Wer vom Ziel nicht weiß, kann den Weg nicht haben (Christian Morgenstern). Das konkrete aufklärerische, politische, soziale, auch juristische Engagement wird gerade von jenen geleistet, die sich nicht an Utopien, sondern an den jeweiligen Herausforderungen orientieren. Es gab z. B. in Frankreich am Ende des 17. Jahrhunderts nach der Aufhebung des Edikts von Nantes eine Konversionspflicht für die Protestanten, verbunden mit Emigrationsverbot. Die Konversionspflicht war sanktioniert mit Folter und „veilles forcées“, das Emigrationsverbot mit Galeerenstrafe. Ein Viertel Frankreichs wurde entvölkert. Die Antwort darauf war der Ruf nach Religions- und Auswanderungsfreiheit. So sind Menschenrechte entstanden. Oder es gab den Sklavenhandel, das Einfangen friedlicher Menschen in Afrika, die dann nach England transportiert und von dort nach Amerika verkauft wurden. Unzählige fanden dabei den Tod, andere haben daran verdient. Das konnte ein moralisch sensibler Mensch ein-

fach nicht ertragen. Das führte zu dem Satz: „Jeder Mensch hat gleichen Anspruch auf Achtung seiner Würde“. So entstanden die Grundideen der politischen Aufklärung. Die Utopien träumen über die Realitäten hinweg und schaffen mehr Probleme als sie lösen.

HK: Gut, aber davon abgesehen, ist heute das Ziel, wenigstens der Sozialisten, die sich zum demokratischen Staat bekennen, nicht auch durchaus real beschreibbar?

Kriele: Ja und nein. Sozialismus als Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, also als aufklärerische Idee hat klar umrissene Inhalte, und es ist ebenso klar, daß die bürgerlichen und politischen Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die Demokratie seine Grundlage bilden. Aber was ist Sozialismus im marxistischen Sinn? Im Wort „Sozialismus“ steckt die Wortwurzel „sozial“, die man oft mit „brüderlich“ übersetzt und mit christlicher Gemeinschaft in Verbindung bringt. So kamen auch bedeutende Leute wie Maritain oder Karl Barth dazu, im Bolschewismus eine christliche Häresie zu sehen. Das ist der folgenschwerste Irrtum unserer Zeit.

„Brüderlichkeit bricht die Erkenntnisblockade und führt von allein in rationale Fragen“

HK: Eine andere Frage. Sie hängt mit der vorhin gestellten, ob nicht die Auseinandersetzung mit der Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt heute eine herausragende Aufgabe politischer Aufklärung ist, zusammen. Es gibt gegenwärtig nicht nur ein – Gott sei Dank – schärferes Gespür für Zustände in Ländern der Dritten Welt, sondern es werden Schemata der Verquickung von wirtschaftlicher und politischer Macht aus der Dritten Welt – mit nicht geringem Überredungserfolg – auf europäische Verhältnisse rückübertragen. Man macht so nicht nur die „kapitalistischen“ Länder für dortige Verhältnisse verantwortlich, sondern will mit diesen Verhältnissen den „kapitalistischen“ Ländern selbst zuleibe rücken. Woher kommt diese Art von Wirkung der Dritte-Welt-Problematik auf unsere Verhältnisse?

Kriele: Das läßt sich so erklären. Wenn Sie sehen, wie die Leute in La Paz nachts um drei Uhr schwere Säcke schleppen, dann fragen Sie, warum arbeiten die nachts um drei? Die Antwort ist, weil sie nur tagsüber schlafen können. Denn sie müssen im Freien schlafen, und das geht nur, wenn die Sonne scheint. Oder ein sechsjähriger Indiojunge verkauft Ihnen auf der Straße ein staatliches Los, das Sie eigentlich gar nicht haben wollen. Aber Sie wissen, wenn er ein Los verkauft, hat er am Abend etwas zu essen und sonst nicht. Wir können uns unseres Wohlstands nicht erfreuen, wenn wir wissen, daß andere Menschen total davon ausgeschlossen sind. Wir haben heute doch ein Weltbewußtsein, und die bloße Tatsache, daß wir im Wohlstand leben, macht uns schon ein schlechtes Gewis-

sen. Dieses schlechte Gewissen sucht nach seiner eigenen Rechtfertigung und findet sie in der These, daß wir deshalb reich seien, weil die armen Länder arm sind, und daß die ganze Welt kapitalistisch entfremdet sei. Das wird dann über die Theorien der Ausbeutung, des Neokolonialismus, des Imperialismus an unsere eigenen Verhältnisse vermittelt.

HK: Muß daran alles falsch sein?

Kriele: Nicht alles, aber doch wohl das meiste. Solche Theorien haben eine gewisse Primärevidenz, weil sie uns erlauben, unser schlechtes Gewissen zu rationalisieren. Daß sie aber ideologisch, also interessenbedingt sind, sieht man daran, daß die realistischen Fragestellungen: Warum sind die armen Länder arm? Was sind wirklich die Ursachen? Und was kann man wirklich tun, damit die armen Länder ihre Armut überwinden können?, durch Ideologie überlagert oder gar verdrängt werden. Wo man Ausbeutungstheorien über einen immer vorhandenen berechtigten Kern hinaus zum Schema der Welterklärung macht, steckt darin auch immer eine Flucht vor der konkreten politischen Verantwortung, eine Verweigerung von christlicher Brüderlichkeit ...

HK: An Brüderlichkeit oder ein Mangel in erster Linie an politischer Rationalität?

Kriele: Brüderlichkeit bricht die Erkenntnisblockade und führt von allein in rationale Fragen. Sehen Sie einmal die Berichte des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen an. Diese zeigen erstens, daß es noch niemals in der Menschheitsgeschichte so viele Flüchtlinge gegeben hat wie gegenwärtig, und zweitens, daß 92% aller Flüchtlinge aus marxistisch geführten – „befreiten“ – Ländern stammen, obwohl die meisten von ihnen Flucht unter Strafe stellen und ihre Grenzen schließen. Dahinter stehen Erfahrungen mit Folter, Mord, Willkür, Rechtlosigkeit, Religionsverfolgung, nackter Angst. Wer brüderlich empfindet, den muß dieses ungeheuerliche Elend doch erschüttern, und er stellt sich von allein Fragen wie: Wieso kommt es immer wieder dahin? Ist das zwangsläufig und warum? und vor allem: was können wir beitragen, um Wiederholungen zu verhindern? Wo diese Fragen tot sind und man statt dessen weiterhin das marxistische Welterklärungsschema anbietet, muß man die Motive ideologiekritisch hinterfragen.

HK: Ideologiekritik ist eine besondere Domäne der Marxisten ...

Kriele: ... Marx hat die Ideologiekritik nicht erfunden, sondern im Gegenteil verengt, nämlich auf den ökonomischen Aspekt: Die Produktionsverhältnisse seien die Basis der Ideologie. Wir sind seither durch die Schule des 20. Jahrhunderts gegangen und sehen Ideologien viel umfassender. Das kritische Hinterfragen ist ja kein Privileg, das Marxisten vorbehalten wäre.

HK: Kommt so manches, was bei uns gegenwärtig im Blick auf die praktischen Verhältnisse mit dem Anspruch, Ideologiekritik zu sein, auftritt, nicht einfach von daher,

daß einem Lande, wie der Bundesrepublik, heute (innenpolitisch gesehen) die großen Herausforderungen fehlen und daß man sich deswegen ein Übermaß an selbstgemachten Problemen schafft?

Kriele: Es gibt zweifellos ideogene Probleme, d. h. künstliche, ideologisch erzeugte Probleme. Z. B. wurde es als ein ungeheueres Menschenrechtsproblem empfunden, daß der Meister den Lehrling anleitet, der Lehrer dem Schüler Aufgaben stellt, der Unternehmer dem Arbeiter und Angestellten vorgesetzt ist, daß es überhaupt den Staat, die Gerichte, die Polizei gibt, das alles wurde plötzlich zu einer unglaublichen Zumutung. Darüber wurden die wirklichen Probleme vernachlässigt: Der Hunger, die Folter, die Religionsunterdrückung, das Ausgeliefertsein an die Willkür der totalitären Systeme, die Flüchtlingsströme ...

„Auch der Machthaber steht nicht über, sondern unter dem Recht“

HK: Wo kommt aber der von Ihnen beschriebene antiinstitutionelle Trend her? Entspringt er letztlich nicht einer an ihre Grenzen gelangten Emanzipation selbst, der scheinbar gar nichts anderes übrigbleibt, als sich von den die Freiheit schützenden Institutionen auch noch zu emanzipieren?

Kriele: Es geht dabei im Grunde um einen Machtkampf. Auf der einen Seite stehen die Institutionen – Familien, Kirchen, Vereine, Körperschaften, Anstalten, Selbstverwaltungsorgane, Staaten, internationale Gemeinschaften usw. Institutionen vermitteln Entscheidungsbefugnisse, Ämter, die die Aufgaben der Institution wahrnehmen und die Identität der Institution wahren. Dem gegenüber steht eine „Emanzipationsbewegung“, die alle diese Institutionen in Frage stellt. Sie erhebt einen absolutistischen Herrschaftsanspruch und legitimiert diesen aus der Idee der Emanzipation. Das ist eine verschleierte Machtideologie – aber der Schleier ist durchsichtig. Die Frage ist: Was ist das telos dieser Ideologie, das geschichtliche Endziel, der geistige Horizont?

HK: Heißt das, daß Sie Emanzipation in dem von mir angewandten Sinne nun als eine Variante zu dem sehen, was Sie wiederholt die Pervertierung der Befreiungsidee nennen?

Kriele: Ja. Der Begriff Befreiung ist so alt wie der Kampf gegen Usurpation und Tyrannei. Er bedeutet in der aufgeklärten Variante Beseitigung von Unrecht, wobei ein naturrechtlicher Unrechtsbegriff vorausgesetzt wird, der sich am Grundsatz orientiert: Jeder Mensch hat gleichen Anspruch auf Freiheit und Menschenwürde. Befreiung hieß Überwindung von Sklaverei, Emanzipation der Juden, Abschaffung der Leibeigenschaft, gleiche Rechte für die Frauen, gleiche Rechte für die Abhängigen und Arbeiter, Herstellung allgemeiner Bildungsmöglichkeiten, gleiches Wahlrecht, berufliche Chancengleichheit, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe, Überwindung von Not, Armut und Ausbeutung, Anerkennung der

Mündigkeit und des gleichen Rechts auf Mitentscheidung. Ein ganz anderes Verständnis von Emanzipation beschreibt den Erwachsenen „so wie er geht und steht“ (Marx) als unemanzipierten Menschen, der durch Erziehung erst emanzipiert werden müsse. Dazu müsse die Avantgarde ihn ihrer geistigen Herrschaft unterwerfen. Es hat dieselbe Struktur wie wenn der Vater dem Kind sagt: Später wirst du einsehen, daß dies zu deinem Besten war. So schlägt Emanzipation in ihr Gegenteil um.

HK: Aber es gibt nicht nur eine antiinstitutionelle Verzerrung von Befreiung, sondern auch eine Verschiebung der Erwartungshaltungen in Richtung Staat, die Übersteigerung konsumistischer Wünsche gegenüber dem Staat und damit zugleich eine wenigstens indirekte Verabsolutierung des Staates. Liegt nicht hier eine der aktuellsten Wurzeln des von Ihnen vielfach kritisierten antiaufklärerischen politischen Dogmatismus?

Kriele: Ja, die „emanzipatorische“ Welle, die die Institu-

tionen ablehnt, geht Hand in Hand mit einer Verstärkung der staatlichen Macht zum Zweck der Herstellung von mehr Gleichheit. Diese aber kann in die Aufhebung aller Gleichheit umschlagen. Es gibt dann diejenigen, die mittels des Staates die anderen zur Gleichheit emanzipieren, und diejenigen, die ihnen unterworfen sind. So entsteht eine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft von Herrschenden und Beherrschten. Ins Extrem getrieben ist das in den marxistischen Staaten, wo es Ungleichheit nicht nur etwa im Sinne unterschiedlicher Einkommen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Status gibt wie anderswo auch, sondern wo die Herrschaftsklasse absolutistische Macht ausübt. Für die aufklärerische Gleichheitsidee steht auch der Machthaber nicht über, sondern unter dem Recht. Sie bedeutet Zurückweisung von Privilegien, aber nicht Auflösung von Institutionen. Der gleiche Anspruch des Menschen auf Freiheit und Würde läßt sich überhaupt nur im Rahmen der institutionellen Einheit von Menschenrechten, Gewaltenteilung und Demokratie verwirklichen.

Politische Zeitfragen

Unter islamischer Oberhoheit

Zur Lage der christlichen Minderheiten im Vorderen Orient

„Einiger Millionen orientalischer Christen wegen können wir nicht unsere guten Beziehungen mit hundert Millionen arabischer Muslime aufs Spiel setzen.“

Das erklärte bereits Ende der vierziger Jahre ein amerikanischer Politiker einem christlichen libanesischen Minister. Dieses Kalkül beherrscht heute, unter den Bedingungen verschärfter Abhängigkeit von Ölquellen in ganz oder überwiegend islamischen Ländern, das Denken der Orientspezialisten vieler europäischer Regierungen. Man strebt eine Allianz mit einem konservativen und gemäßigten Islam an in der Hoffnung, dieser stelle ein Bollwerk gegen den Kommunismus dar. Für ein so verstandenes westliches Interesse im Orient ist es ausgesprochen lästig, wenn von Zeit zu Zeit Stimmen christlicher Volksgruppen aus dem Orient laut werden, die um Unterstützung oder zumindest um Verständnis des „christlichen Westens“ für ihre Bemühungen um eine gleichberechtigte Existenz in einer mehrheitlich islamischen Region bitten. Eine solche Unterstützung hat es lange Zeit gegeben, so lange nämlich, als es europäischen imperialen Interessen diene, christliche Minderheiten im Orient als Verbündete zu gewinnen. Vor allem im 19. Jahrhundert suchte jede europäische Großmacht eine Protektorenrolle: Frankreich für die Maroniten, das zaristische Rußland für die Griechisch-Or-

thodoxen, Österreich-Ungarn für die Griechisch-Katholischen. Großbritannien gelang es, im Ersten Weltkrieg Armenier und Assyrer zur Teilnahme am Krieg gegen das Osmanenreich zu gewinnen. Heute bestehen diese imperialen Interessen nicht mehr. Die Verbündeten von einst sind lästig geworden. Als christliche Libanesen während der Kämpfe in Beirut 1976 an den christlichen Westen appellierten, mokierte sich ein westlicher Diplomat: „Die haben immer noch nicht gemerkt, daß das Zeitalter der Kreuzzüge vorbei ist, daß es das christliche Abendland nicht mehr gibt.“

Christen und Juden nur geduldete Bürger zweiter Klasse

Ein christliches Abendland mag es in der Tat nicht mehr geben, das muslimische Morgenland aber besteht weiter: In der Sicht der Muslime ist es das Land des Islam, in dem es weiterhin keine Trennung des Geistlichen und des Weltlichen, von Religion und Staat gibt. Und im Land des Islam gibt es keine Gleichberechtigung von Muslimen und Andersgläubigen.

Wo es Muslime gibt, muß im traditionellen Verständnis des Islam ein Muslim der Herrscher sein, muß das Gesetz